

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 03 86 346 pbbn d

## Inhalt

Egon Bahr MdB, Mitglied der Regierungsmannschaft von SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel, stellt fest, daß der Unterschied zwischen CDU/CSU/FDP und SPD in der Raketenfrage deutlich wird: Die Alternative.  
Seite 1

Wilhelm Wiegrefe zur Philosophie des SPD-Wahlkampfes 1983: Solidarität statt Oggersheim.  
Seite 3

Walter Haack wendet sich gegen das Gerede von einer neuen Sozialpolitik: Für eine neue Solidarität.  
Seite 5

### Dokumentation

Adolf Müller-Emmert MdB: Glaube - Kirche - Politik.  
Seite 7

38. Jahrgang / 19

27. Januar 1983

### Die Alternative

Der Unterschied zwischen CDU/CSU/FDP und SPD in der Raketenfrage wird deutlich

Von Egon Bahr MdB  
Mitglied der Regierungsmannschaft von SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel

"Beide Seiten müssen sich bewegen und dürfen nicht auf ihren maximalen Ausgangspositionen beharren", das hat Helmut Schmidt als Bundeskanzler erklärt.

"Ich verstehe nicht, warum man mitten in den Verhandlungen die Position verändern soll", das ist die vorläufig letzte Erklärung des amtierenden Bundeskanzlers. Wenn man ihn wörtlich nimmt, ist die Ergebnislosigkeit der Genfer Verhandlungen vorprogrammiert.

Aus der verwirrenden Unterschiedlichkeit der Erklärungen beginnt sich herauszuschälen, was Hans-Jochen Vogel schon bei seiner Rückkehr aus Washington geäußert hat, daß nämlich auch die amerikanische Position sich bewegen wird. Es gibt keine Stimme von Gewicht mehr, die noch mit dem Verhandlungsergebnis Null auf beiden Seiten rechnet.

Damit stellt sich die Frage: Wie sieht ein Gleichgewicht oberhalb von Null aus? Dies mag einer der wichtigsten Punkte für die heute beginnende Runde in Genf sein.

Aber damit stellt sich auch eine andere Frage: Jedes Ergebnis oberhalb von Null schließt nach den Erklärungen der Koalitionsparteien den Beginn der Stationierung amerikanischer Raketen im Herbst ein. Von Kohl bis Wörner, von Dregger bis Censeher ist da kein Unterschied. Die Erklärungen, daß dann stationiert werden müsse, sind eindeutig. Niemand wird am 6. März sagen können, er habe das nicht gewußt.

Diese Erklärungen erhalten den Verhandlungsdruck auf die Sowjetunion, sie nehmen den Verhandlungsdruck auf die Vereinigten Staaten weg. Wenn Null nicht mehr in Frage kommt und die Stationierung jedenfalls im Herbst beginnen

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Herabgesetzt durch  
mit vermindertem Kontrast  
Kameraskopieren



soll, wird es nur noch erforderlich, die Zeit bis zum Herbst zu überbrücken und dann in Ruhe weiterzuverhandeln, bis ein Ergebnis vorliegt oder die geplanten 572 Systeme stationiert sind. Daß wir am kommenden Montag den zehnten Jahrestag der Wiener Verhandlungen über ausgewogene Truppenreduktion begehen können, zeigt die mögliche Perspektive.

Die SPD hat in Übereinstimmung mit dem letzten Satz des Doppelbeschlusses auf dem Münchner Parteitag im April vergangenen Jahres unterstrichen, daß es keine Automatik der Stationierung geben darf. Unser Ja oder Nein zur Stationierung hängt von dem erst dann zu beurteilenden Verhandlungsstand ab. Unser Einfluß auf die Amerikaner hängt auch davon ab, die Möglichkeit zum Nein im Herbst dieses Jahres offenzuhalten. Auch darum geht es am 6. März. Kontinuität heißt Drängen auf beide Seiten. Wer jetzt sagt, er stationiert in jedem Fall, räumt diese deutsche Position.

1970 waren rund 600 sowjetische Mittelstreckenraketen auf Westeuropa gerichtet. Heute sind es rund 1.000, aufgrund der Modernisierung durch die SS 20. Entscheidende Reduktionen der potentiellen sowjetischen Bedrohung sind unbedingt erforderlich. Ein sowjetisches Monopol für eurostrategische Raketen bleibt für die SPD unannehmbar. Die Existenz britischer und französischer eurostrategischer Waffen leugnet niemand, ebenso wenig die Verlässlichkeit beider Länder im Bündnisfall.

Die Erklärung Vogels, daß so entscheidende Reduktionen in Genf erreicht werden müssen, daß die Stationierung neuer amerikanischer Raketen überflüssig wird, deckt sich nicht nur nahtlos mit der von der SPD und der Bundesregierung bis zum 1. Oktober 1982 eingenommenen Haltung, sondern wird auch von Woche zu Woche deutlicher als die Haltung erkennbar, die für die Wahrnehmung deutscher Interessen notwendig und wirksam ist.

Die Ankündigung der Stationierung durch die Koalitionsparteien auf der einen Seite, das Ringen um die Offenhaltung der deutschen Entscheidung auf der anderen Seite, das ist die Alternative in einer vitalen Frage unseres Landes. (-/27.1.1983/ks/ca)

+ + +



Solidarität statt Oggersheim  
-----

Zur Philosophie des SPD-Wahlkampfes 1983

Von Dr. Wilhelm Wiegrefe

Sprecher der SPD Berlin

Das Gefährliche an Helmut Kohl

Helmut Kohl ist die Identifikationsfigur des deutschen Kleinbürgers. "Einer von uns", der es zu etwas gebracht hat. Einer, der denkt "wie wir". Einer mit den gleichen Vorstellungen von der Beschaffenheit dieser Welt, einer mit denselben Ressentiments gegen intellektuelle Differenziererei, einer mit derselben Vorliebe für einfache "Wahrheiten", einer, der - obwohl Politik ein "schmutziges Geschäft" ist - im Grunde genommen anständig blieb. Einer, dem Dissonanzen jedweder Art auf den Magen schlagen, der Harmonie zwanghaft selbst da herbeizureden versucht, wo Differenzen offensichtlich sind. Kurz: Helmut Kohl ist einer, der die "heile Welt" sucht, beschwört und die Möglichkeit ihrer Existenz glaubhaft vorlebt. Denn dort - wie im amerikanischen Westen - siegt am Ende immer das Gute.

Oggersheimer Verhältnisse im Weltmaßstab: Dies wäre die Lösung aller Probleme. Kohls Erfolg ist die Bestätigung für ein zentrales Rezept, das amerikanische Managerschulen ihren Klienten angesichts des Elends der Welt, ihrer eigenen Existenz und gegenwärtiger individueller Schwierigkeiten von früh bis spät einbläuen: "Bleiben Sie positiv!" Axel Springers vor vielen Jahren ausgegebene Parole "Seid nett zueinander" hat einen Kanzler gefunden, der sie zum Programm erhebt.

Nun bestreiten auch aufgeklärte Ökonomen nicht, daß mit Hoffnungen Markt zu machen ist, daß Psychologie und geistig-moralische Aufrüstung wachstumsfördernd und gewinnträchtig sein können, doch dieselben Ökonomen wissen, daß Psychologie, daß "Glaube, Liebe, Hoffnung" nur faktorale Bedeutung haben.

Denn allein mit dem "Glauben" an die Ernsthaftigkeit des US-amerikanischen Verhandlungswillens in Genf ist die Stationsierungsfrage nicht zu lösen.

Mit der "Liebe zu Deutschland" allein ist die erfolgreiche Fortsetzung der Vertrags- und Entspannungspolitik mit dem Osten nicht zu leisten.

Und mit der "Hoffnung" auf die Selbstheilungskräfte des Marktes allein ist eine stagnierende Volkswirtschaft nicht wieder flottzumachen.

Das Erfolgsgeheimnis des Helmut Kohl liegt nicht in seiner fachlich-sachlichen Problemlösungskompetenz, sondern an seiner Gabe, Probleme zu verdrängen und den Menschen Ängste zu nehmen durch das inbrünstig vorgetragenen Glaubensbekenntnis, "der liebe Gott" (die Selbstheilungskräfte des Marktes, der Präsident der Vereinigten Staaten, et cetera) werden es schon richten - vorausgesetzt man glaubt an ihn, ist folgsam und läßt ihn schalten und walten nach seinem Willen.

Auf die Dauer wird dieses rein emotionale Konzept einer "Heile-heile-Segen"-Politik an den Realitäten scheitern. Doch kurz- und mittelfristig kann es bei den Wählern Wirkung tun - es sei denn, man konterkarierte es mit den Ansprüchen, die ihm selbst innewohnen - und zwar auf höherem, das heißt, rationalem und emotionalem Niveau.

"Harmonie", "Glaube, Liebe, Hoffnung", "heile Welt" - das sind ja nicht per se Begriffe, über die gelächelt werden darf. Im Gegenteil: Sie bezeichnen Grundbedürfnisse menschlicher Existenz.



Es fasziniert am Konservativismus, daß er dies instinktiv erkennt. Politisch verhängnisvoll aber ist sein (subjektiv ehrlicher) Glaube, die heile Welt sei überhaupt machbar - und dies auch noch widerspruchsfrei und mit einfachen Formeln.

#### Das Offensive an Hans-Jochen Vogel

Die Sozialdemokratie hat den Irrationalismen und einfachen Formeln von rechts und links von jeher Rationalismus und differenzierte Antworten entgegengesetzt. Der Weltgeist - wenn es ihn denn gibt - hat sie dazu verdammt, im politischen Geschäft dem komplizierten Part zu übernehmen. Und sie kann diese Rolle nicht abstreifen, ohne ihr Existenzrecht zu verlieren.

Spätestens seit Godesberg, dem Abschied von der Klassenpartei, genügt das Schlagwort von "Oben" und "Unten" nicht mehr wie in den Gründerjahren. Denn die Verhältnisse, sie sind nicht mehr so. Godesberg war deshalb auch objektiv notwendig. Die Zeiten, da Mehrheiten aus Klassenkampfparolen geschmiedet wurden, sind vorbei.

Heißt das, daß die SPD sich damit abzufinden hat, die Partei der kühlen Ratio zu sein? Nein! SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel weist einen Weg, der ausbaufähig ist und konsequent beschritten werden muß: Nicht die trügerische "heile Welt" des Helmut Kohl, nicht die Wagenburg-Mentalität derer, die sich abschotten wollen gegen die Überlebensfragen der Menschheit, die Lösungen verdrängen, nur scheinbare Sicherheit bieten und dadurch die Katastrophe beschleunigen, ist sein Bild. Vogels Vision ist "der Zug der Millionen", der durch die Menschheitsgeschichte zieht - offen für jedermann, der sich anschließen will, offen auch für all jene, die Fragen stellen, bereit, sie aufzunehmen. Frei von kruder Fortschrittsgläubigkeit und doch eine Gemeinschaft, die "den Ängsten Hoffnungen entgegengesetzt".

Dies ist, dies muß der Leitgedanke sozialdemokratischer Programmatik des Wahlkampfes 1983 und der kommenden Jahre sein. Hier hat die SPD eine Chance, positive Emotionen zu binden, ohne in schlechtem Sinne zu emotionalisieren. Es muß deutlich werden: Probleme löst man nicht dadurch, daß man sich verschanzte, den Kopf in den Sand steckt und abwartet, sondern dadurch, daß man sich ihnen stellt. Nicht der Irrationalismus einer vorgegebenen Harmonie ist die Forderung, sondern die Versöhnung der nicht-antagonistischen Widersprüche überall dort, wo es Überlebensnotwendig und möglich erscheint. Das "Brückenschlagen" zum Nächsten, das Ernstnehmen seiner Ängste, Zweifel und Fragen. Toleranz gegenüber Minderheiten, Verständnis und Hilfe für die nachwachsende Generation, von der wir diese Erde und ihre Reichtümer nur geliehen haben. Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie im Interesse zukunftssicherer Arbeitsplätze und eines menschenwürdigen Lebens. Kooperation statt Klassenkampf von oben bei der Lösung der Wirtschaftskrise. Gerechtigkeit bei der Verteilung notwendiger Lasten. Gemeinsamkeit mit den Arbeitnehmerorganisationen bei der Bewältigung der Krise statt des Gegeneinanders. Innere Sicherheit durch Gerechtigkeit, Toleranz und friedliche Lösungen. Sicherheitspartnerschaft im internationalen Bereich statt gegenseitiger Bedrohung.

So sollten die Begriffe und Parolen gefaßt werden für einen Wahlkampf, in dem es die Sozialdemokratie nicht nötig hat, programmatisch unter Wert vor die Wähler zu treten. Dies sind keine Defensiv-, dies sind Offensivpositionen! Defensiv ist die Wagenburg. Der Zug der Millionen will nach vorn.  
(-/27.1.1983/ks/ca)

+ + +



Für eine neue Solidarität  
-----

Wider das Gerede von einer neuen Sozialpolitik

Von Walter Haack

Die Opferbereitschaft der Bürger in unserem Lande ist durch die "Übergangsregierung" von Helmut Kohl mehr als strapaziert worden, um nicht zu sagen: mißbraucht. Wer - wie die Rechtskoalition -, von Hilfe zur Selbsthilfe laufend redet, aber in Wahrheit nichts anderes tut, als den weniger Begüterten die finanzielle Unterstützung zu nehmen, während er den Gutsituierten allenfalls Darlehen abverlangt, die sie später wieder zurückbekommen, der muß sich die Frage nach seiner Moral gefallen lassen.

Anstelle eines geschlossenen Konzepts, daß die Union immer wieder großsprecherisch angekündigt hat, gibt es nur ein Sammelsurium von zusammenhanglosen Einzelvorschlägen, die offensichtlich von Graf Lambsdorff und seinen "liberalen" Freunden als Morgengabe eingebracht worden sind. Diese Vorschläge stehen zudem in Widerspruch zu allem, was noch vor Kurzem von der Union erklärt wurde:

- **Angekündigt war:** Keine Steuer- und Abgabenerhöhungen;  
Was ist geschehen: Erhöhung der Mehrwertsteuer.
- **Angekündigt:** Weniger Kreditaufnahme;  
Was ist geschehen: Zusätzliche Kredite.
- **Heftig kritisiert:** Die von der sozial-liberalen Regierung geplante dreimonatige Verschiebung der Besoldungserhöhung;  
Was ist geschehen: Eine sechsmonatige Verschiebung.
- **Heftig kritisiert:** Die sozialdemokratische Forderung nach einer Ergänzungsabgabe;  
Was ist geschehen: Ähnliche Maßnahmen, verbal verbrämt als Konjunkturförderabgabe oder Zwangsanleihe, die 1978 - 1989 wieder zurückgezahlt wird.
- **Heftig kritisiert:** Die Kürzung beim Kindergeld im vergangenen Jahr;  
Was ist geschehen: Weitere Einschnitte beim Kindergeld.
- **Heftig beklagt:** Soziale Unausgewogenheit des früheren Koalitionskompromisses;  
Was ist geschehen: Massive Einschnitte in das soziale Netz.

o Und weiter:

- Die Mieten werden erhöht, aber Wohngeld wird gekürzt,
- die Verschiebung der Anpassung der Sozial-, LAG- und Kriegsofferrenten um ein halbes Jahr, - erst am 1. Juli 1983,
- die Sozialhilfe wird auch erst zum gleichen Zeitpunkt erhöht, - und dann nur um zwei Prozent,
- die Sprachförderung für Aussiedler soll zur Sprachbehinderung werden, - es soll nur noch ein Ehepartner Unterhaltsgeld erhalten und dann auch nur auf der Basis von Arbeitslosenhilfe,
- beim BAföG erfolgte ein totaler Kahlschlag!



**Was wir Sozialdemokraten erreicht haben:**

o Die Kaufkraft der Einkommen aller Arbeitnehmerfamilien ist von 1976 bis 1981 in der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis der größten Industrienationen am stärksten gestiegen.

Seit 1966, seit Sozialdemokraten in Bonn Regierungsverantwortung trugen, ist für die Arbeitnehmer viel erreicht worden:

o 1965 betrug der durchschnittliche Nettoverdienst eines Arbeitnehmers 7.731 DM. 1980 waren es 21.177 DM. Nach Abzug der Preissteigerungen bleibt eine reale Zunahme der Kaufkraft des Lohns von 51 Prozent in fünfzehn Jahren.

o Die gestiegene Kaufkraft führt zu einem höheren Lebensstandard; 1965 betrug die durchschnittliche Wohnungsgröße 69 Quadratmeter. Heute sind es 81 Quadratmeter; 21 Prozent der Wohnungen hatten Bad und Sammelheizung, heute 61 Prozent.

o 1969 haben 47,8 Prozent der Haushalte eine Urlaubsreise von fünf und mehr Tagen unternommen. Heute sind es 70,3 Prozent.

o Das tatsächliche Rentenalter ist stark gesunken. Nach 1970 waren 49 Prozent der Arbeitnehmer bei Eintritte in die Rente 65 Jahre alt, heute sind es nur noch 15 Prozent. Etwa 30 Prozent machen von der Regelung der flexiblen Altersgrenze Gebrauch.

o Erhöhung der Renten von 1969 bis 1980: 143 Prozent. Die reale Kaufkraft der Rentner stieg um rund 50 Prozent.

**Was wir Sozialdemokraten wollen:**

Wir haben in unserer Geschichte gelernt, daß Sozialpolitik sich auf die gesamte Gesellschaft bezieht, also Solidarität der Starken mit den Schwachen bedeutet, und nicht allein solidarische Selbsthilfe der Schwachen untereinander. Wenn die ökonomischen Bedingungen sich verändert haben, dann muß es noch die Stimme derer geben, die für die mahnen, die nicht selbst rufen können. Wir müssen für die Schwachen in unserem Volk die Stimme erheben, für die Geschädigten und Aussiedler, für die politischen Häftlinge und Alten, kurz für die, die von einem unabwendbaren Schicksalsschlag getroffen sind. Wir warnen vor dem Gerede von einer neuen Sozialpolitik. Wir sollen uns an das Undenkbare gewöhnen, an eine kastrierte Sozialpolitik, an die Selbsthilfe der sozial Schwachen untereinander. Jetzt gilt erst recht die Solidarität aller mit allen und nicht die Sanierung der Staatsfinanzen auf dem Rücken derer, die zu ihrem persönlichen Leid auch noch zusätzliche materielle Einbußen tragen sollen. Wir fordern eine neue Solidarität, die Bereitschaft der sozial Stärkeren, sich mehr als bisher für sozial Schwächere zu engagieren.

In der Demokratie ist soziale Gerechtigkeit die wichtigste Rahmenbedingung wirtschaftlicher Stabilität, denn der soziale Rechtsstaat gründet auf der Solidarität aller Bürger. Soziale Gerechtigkeit ist nicht ein Almosen, das vom Tische der Wirtschaftspolitik fällt, sondern die Substanz des sozialen Rechtsstaats.

(-R 7.1.1983/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Auf einer Podiumsdiskussion des Kolpingwerkes der Diözese Speyer hat der SPD-Abgeordnete, Dr. Adolf Müller Emmert MdB, folgendes Statement gesprochen:

Glaube - Kirche - Politik

Es ist nach meiner Meinung selbstverständlich, daß die Kirche zu allen politischen Problemen, die zugleich auch Fragen des Glaubens, der Moral und der Ethik beinhalten, wohl abgewogene, gut begründete und nicht einseitige Stellungnahmen abgibt.

Eine demokratische Partei kann über die Kirche nicht zu Gericht sitzen. Dazu hat eine Partei weder einen Auftrag, noch eine Zuständigkeit. Aber das politische Verhalten gläubiger Menschen wird jede politische Partei brennend interessieren und das nicht nur deshalb, weil eine Partei darauf sinnen muß, Anhänger und Wähler zu gewinnen, um ihre Aufgabe zu erfüllen, sondern auch weil eine demokratische Partei nicht bloßes Machtinstrument sein kann. Sie wird ihren Auftrag immer sittlich begründen müssen. Wenn sie dies nicht tut, kommt sie in politische Schwierigkeiten. In der jungen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat dies sich schon einige Male gezeigt. Für die Mehrzahl der in unserer Gesellschaft lebenden Menschen ist die sittliche Entscheidung verbunden mit einem Glauben und damit mit der Zugehörigkeit zu einer Kirche. Die Kirchen sind eine mächtig wirkende Kraft in unserer Gesellschaft. Sie beeinflussen nicht nur die parteipolitische Entscheidung und das Verhalten vieler Bürger, sondern sie sind auch wirksam für das Verhältnis unserer Bürger zum Staat.

Politik ist an sittliche Entscheidung gebunden. Diese Entscheidung wird von vielen Bürgern aus ihrem Glauben heraus begründet. Es stellt sich deshalb die Frage, ob vielleicht die politischen Parteien bei den Kirchen gewissermaßen um Lizenz nachkommen müßten. Das hieße aber offenbar, das Wesen der Politik und der Kirchen gründlich zu verkennen. Hinsichtlich des spezifisch Politischen ist die Kirche ebensowenig kompetent wie die Politik für das Spezifische der Religion und des Glaubens. Aber die Politik gestaltet und verändert die Verhältnisse, in denen der Mensch auch seine religiöse Existenz leben muß. Uninteressierte Gleichgültigkeit gegenüber der Politik wird deshalb den Kirchen nie möglich sein.

Zumindest der demokratische Politiker, der Macht nicht um ihrer selbst Willen ausübt, sondern aus sittlicher Verantwortung, wird dem zustimmen müssen. Autoritäre Regime, wie der Kommunismus oder der Faschismus, haben die Tendenz, wechselweise die Kirche zu bekämpfen oder sich ihrer zu bedienen.



Sie lassen keinen Raum für letzte Entscheidungen, die nicht der Staatsraison unterstellt sind und möglicherweise politische Opposition begründen können. Die Demokratie hingegen bejaht die Existenz der freien gesellschaftlichen Vereinigungen, die sich letzter politischer Einordnung entziehen. Die Kirchen stellen sich dem Politiker als solche freien gesellschaftlichen Vereinigungen dar. Die Demokratie bejaht auch das zwischen den Kirchen und der Politik bestehende Spannungsverhältnis. Das durch die Jahrtausende der Geschichte gehende Problem von Staat und Kirche hört auch in der demokratischen Gesellschaft nicht auf zu bestehen. Es wird immer andauern. Aber die möglichen Konflikte zwischen Staat und Kirche können jenseits der Alternative "Versklavung oder Verfolgung der Kirche" und ohne die Gefahr politischer Explosionen geregelt werden.

Die Arbeit der Kirchen, die auch ein großes Maß an Erziehung unserer Bürger beinhaltet, muß bejaht werden. Das innere seelische Leben eines Volkes braucht eine die Seelen behütende und aufopfernde Instanz, die die innersten Lebenskräfte des Volkes weckt, den Geist der Bruderschaft nährt und die großen politischen und sozialen Tugenden der Ehrfurcht, der Treue, der Verantwortung und der Solidarität pflegt, ohne die ein Volk nicht leben kann. Wenn ein Volk diese Grundsätze nicht beachtet, dann gerät es in die Gefahr der Auflösung und Verkümmern.

Wenn die Kirchen diese Uraufgaben sehen und lösen, dann strahlen sie aus dem Kern ihres Glaubens und Lebens auch aus in die politischen, kulturellen, caritativen und sozialen Bereiche, vor allem auch in den Bereich politische Erziehung und Menschenbildung. Sie sind deshalb dem Staat in gleichberechtigter Partnerschaft willkommen.

Der Staat und die Parteien müssen "ja" zu den Kirchen sagen. Kirche und Staat müssen sich die Hand reichen im Kampf um die großen und letzten Menschheitsideale, um die Würde des Menschen, um die Freiheit des Menschen, um die soziale Gerechtigkeit und um den Frieden auf dieser Welt."  
(-/27.1.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

